



PRESSEMITTEILUNG

PM Kolumbien: Zur Amtseinführung von Abelardo de la Espriella

Am 7. August wird der neue Präsident Kolumbiens, Abelardo de la Espriella, sein Amt antreten. Mitglieder der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien äußern ihre Sorge über die Zukunft der Menschenrechte und der zivilgesellschaftlichen Arbeit in Kolumbien.

Berlin, 6. August 2026. Bereits vor der Stichwahl positionierte sich der nun gewählte Präsident mit scharfer Rhetorik gegen das Friedensabkommen von 2016 und die Menschenrechte in Kolumbien. Eines seiner Wahlversprechen war es, die aus dem Abkommen entstandene Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP) abzuschaffen und alle laufenden Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen zu beenden. Zudem hat er den Austritt aus den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OEA) angekündigt. Er ist in der Vergangenheit wiederholt juristisch und verbal gegen Journalist*innen vorgegangen, die sich ihm gegenüber kritisch geäußert hatten. Unter anderem deshalb blicken wir mit Sorge auf die Zukunft des Friedensabkommens, ebenso auf die Sicherheit von Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Oppositionellen in Kolumbien.

In diesem Jahr wird das Friedensabkommen zwischen der FARC-EP Guerilla und dem kolumbianischen Staat zehn Jahre alt. Das Abkommen nimmt die strukturellen Ursachen des bewaffneten Konflikts in den Blick und sieht Maßnahmen zu deren Überwindung vor: eine Landreform, Garantien für die demokratische Oppositionsarbeit, Einhaltung der Rechte historisch ausgegrenzter Minderheiten und anderer Personengruppen und ein umfassendes System der Übergangsjustiz. In den vergangenen zehn Jahren konnten, trotz großer Verzögerungen bei der Umsetzung, wichtige Fortschritte erreicht werden.

Deshalb ist es notwendig, dass *„die Bundesregierung das Abkommen weiterhin politisch und finanziell mindestens im bisherigen Umfang unterstützt, besonders angesichts der sich verschärfenden menschenrechtlichen, aber auch prekären humanitären Lage in einigen Regionen des Landes“*, so Juana Corral von **kolko-Menschenrechte für Kolumbien e.V.**

Dank der starken Zivilgesellschaft und des Engagements der Überlebenden des Konflikts wurden im Land in den letzten Jahren große demokratische Errungenschaften, wie z.B. der Aktionsplan für Menschenrechte, erzielt. Eine starke Zivilgesellschaft ist Zeichen einer starken Demokratie. Das gilt auch für Kolumbien, wo auch Kinder und Jugendliche weiterhin von den Auswirkungen des bewaffneten Konflikts und struktureller Ungleichheiten betroffen sind. Unsere Partner leisten unverzichtbare Arbeit, um Schutz, Bildung und Beteiligung von Kindern und Heranwachsenden zu stärken. *„Vor diesem Hintergrund sollten Bundesregierung und Bundestag ein Signal zur Stärkung der Zivilgesellschaft setzen und diese politisch und finanziell stärker unterstützen“*, erklärt Joshua Hofert, Vorstandssprecher von **Terre des Hommes Deutschland**.

Wir unterstützen nachdrücklich die demokratisch arbeitenden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Opferverbände und ihre Menschenrechtsarbeit und setzen uns auch in diesen ungewissen Zeiten weiter für die Umsetzung des Friedensabkommens ein.

Die Pressemitteilung tragen: Action Pro Colombia, Adveniat, Agiamondo, Brot für die Welt, kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V., Kolumbiengruppe Nürtingen, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., pax christi Deutsche Sektion e.V., Misereor, Terre des Hommes.

Die zeichnenden Organisationen sind Mitglieder der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK).

Kontakt und weitere Informationen:

Juana Corral

Tel: +4915754492528/ mail: mail@kolko.net

kolko-Menschenrechte für Kolumbien e.V.